

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

102. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. April 2003, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Werner Kalinka (CDU)

in Vertretung von Hans-Jörn Arp

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

in Vertretung von Dr. Heiner Garg

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD)

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Nachtragshaushalt 2003	6
Artikel 12 des Gesetzentwurfs zur Neustrukturierung der Landesbank Drucksache 15/2448	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2448	
2. Entwurf eines Gesetzes über die Studiengebühren an staatlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein (Studiengebührengesetz - StudienGebG) Gesetzentwurf der Fraktion der FDP	12
Drucksache 15/2351	
3. Vierter Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2518	
4. Mehr Liquidität und weniger Bürokratie für den Mittelstand durch gerechtere Besteuerung	14
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2576	
5. Bericht der Landesregierung zu Maßnahmen betr. Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs	15
Umdrucke 15/3168 und 15/3295	
6. Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystem Vertragsänderung	16
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/3172	

-
- 7. Jahresbericht 2002 für den budgetierten Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ - Kapitel 1116 -** 17
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3166
- 8. Zwischenbericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen** 18
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3171
- 9. Behördenstrukturreform, Funktionalreform** 19
- Vorlage der Chefin der Staatskanzlei
Umdruck 15/3169
- 10. Verwaltungsstrukturreform 1996 - 2002** 20
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2560
- 11. Maßnahmen zur Vermeidung von Versetzungen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit** 21
- Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/3084
- 12. Umbaumaßnahme für die IT-Leitstelle des Innenministeriums im PZE Kiel-Eichhof, Haus 7 hier: Finanzierung und Durchführung über die Investitionsbank** 22
- Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/3167
- 13. Unterbringungs- und Anmietungsvorhaben für das Amt für ländliche Räume (ALR) und das 3. Polizeirevier in Lübeck, Meesenring 9** 23
- Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/3272
- 14. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz; hier: Anmeldung zum 33. Rahmenplan für den Hochschulbau (2004 - 2007)** 24
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2452

15. Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels	25
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2562	
16. Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages	26
Vorlage der Vorsitzenden des Finanzausschusses Umdruck 15/3225	
17. Information/Kennntnisnahme	27
Umdruck 15/3231 (neu) - kommunale Finanzsituation	
18. Verschiedenes	28

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Nachtragshaushalt 2003

Artikel 12 des Gesetzentwurfs zur Neustrukturierung der Landesbank
Drucksache 15/2448

Umdrucke 15/3170, 15/3173, 15/3269, 15/3270, 15/3306, 15/3307

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank
Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2448

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den Finanzausschuss, den Innen- und
Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/3089, 15/3170, 15/3173, 15/3182, 15/3189 bis
15/3191, 15/3305

M Dr. Stegner bringt den Nachtragshaushalt, Umdrucke 15/ 3170 und 15/3173, ein. Angesichts der Unwägbarkeiten der konjunkturellen Entwicklung und der damit verbundenen Entwicklung der Steuereinnahmen halte die Landesregierung die Vorlage eines Nachtragshaushalts zum jetzigen Zeitpunkt für richtig. Die Einigung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz sei finanzpolitisch unbefriedigend, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Abg. Wiegard führt aus, die Vorlage des Nachtragshaushalts zeige, dass sich die Einnahmeerwartungen der Landesregierung nicht bewahrheitet hätten. Wenngleich die CDU die Aufstockung der Mittel für Hochschulen und Schulen begrüße, würden mit dem Nachtragshaushalt die entscheidenden Maßnahmen nicht eingeleitet und die Nettokreditaufnahme erneut deutlich erhöht. Demgegenüber schlage die CDU mit Umdruck 15/3307 vor, die Nettokreditaufnahme im Wesentlichen durch die weitere Veräußerung von Landesvermögen sowie Einsparungen im Verwaltungsbereich und Umwelthaushalt deutlich zu senken und gleichzeitig die Ausgaben für Bildung und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zu erhöhen.

M Dr. Stegner erwidert, die Verfassungsgrenze der Neuverschuldung werde nicht überschritten. Der von der CDU in ihrem Antrag eingestellte Ansatz von Veräußerungserlösen landeseigener Grundstücke sei nicht seriös. Die von der CDU geforderte Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und den Lehrerbereich sei nicht finanzierbar. Wenn gleich Steuererhöhungen in der gegenwärtigen konjunkturellen Lage vermieden werden sollten, dürfe angesichts der bevorstehenden Reformen im Sozialbereich bei der Belastung von Erben und Vermögenden nicht ein völlig anderer Kurs gefahren werden. Um die Arbeitskosten zu senken, müsse auch über eine Anhebung der Mehrwertsteuer nachgedacht werden. Verwaltungsstrukturreformen sollten auf allen staatlichen Ebenen vorangetrieben und Aufgaben bürgernah, professionell und wirtschaftlich organisiert werden.

Abg. Heinold unterstützt die steuerpolitischen Vorstellungen des Finanzministers und kritisiert die CDU, die es in ihrem Antrag abermals an konkreten Einsparvorschlägen zur Finanzierung konkreter Ausgaben fehlen lasse. Mehrausgaben durch die Inanspruchnahme in einem Bürgschaftsfall nimmt sie zum Anlass, ihre Forderung zu wiederholen, den Investitionsbegriff, an dem die Kreditobergrenze festgemacht werde, neu zu fassen. Schließlich problematisiert sie die Steigerung der Haushaltsansätze in Kapitel 0604 - Straßenbau und Verkehr -, Titel 231 02 und 533 02.

Frau Stender teilt mit, bei der in Rede stehenden Einnahme von 500.000 € handele es sich um eine einmalige Ablösesumme für die Übernahme der Straßenbaulast der Holtenauer Hochbrücke. Zur Einrichtung der kaufmännischen Buchführung solle die Auftragsvergabe bereits 2003 erfolgen, um durch rechtzeitige Schulung der Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung den Start des Projekts zum 1. Januar 2005 sicherzustellen.

Beide Haushaltspositionen sollen in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ weiter erörtert werden.

VP Qualen thematisiert den Zeitpunkt der Einbringung eines Nachtragshaushalts und favorisiert seitens des Landesrechnungshofs die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts nach der Mai-Steuerschätzung, um auf sich verschlechternde Wirtschaftsdaten unmittelbar reagieren zu können.

M Dr. Stegner bekräftigt die Auffassung der Landesregierung, mit dem Nachtragshaushalt jetzt die Haushaltsrisiken zu benennen, bedeutsame Maßnahmen auf den Weg zu bringen und auf konjunkturbedingte Steuerausfälle zu reagieren. Möglicherweise müsse nach der Herbststeuerschätzung noch einmal nachgesteuert werden.

Abg. Kubicki wiederholt seine Kritik, dass die Landesregierung Mehrausgaben durch eine Erhöhung der globalen Minderausgaben „finanziere“ und der vom Parlament als Haushaltsgesetzgeber beschlossene Haushalt damit immer mehr Makulatur werde. Er möchte wissen, ob die Landesregierung einen Teil der globalen Minderausgabe bei den Personalausgaben durch Kürzung beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu erwirtschaften beabsichtige. Hinsichtlich der Höhe der Verschuldung des Landes merkt er an, der Verkaufspreis für die LEG stehe bereits fest, der Zeitpunkt für eine Veräußerung von NordwestLotto sei nicht günstig, die Kriterien des Investitionsbegriffs und der Neuverschuldung sollten möglichst restriktiv gehandhabt werden, denn das Land Schleswig-Holstein werde die Maastricht-Kriterien 2003 abermals nicht erfüllen und die vorgegebene Obergrenze von 3 % Haushaltsdefizit bei weitem überschreiten. Daher führe kein Weg daran vorbei, sich auf weitere Einsparungen zu konzentrieren und sämtliche Ausgaben der öffentlichen Hand auf den Prüfstand zu stellen. Schließlich erkundigt er sich nach der Berücksichtigung von Mindereinnahmen bei der Kirchensteuer und fragt den Finanzminister, ob er die in Artikel 53 der Landesverfassung vorgegebene Kreditobergrenze im Haushaltsvollzug 2003 einhalten werde.

M Dr. Stegner führt aus, selbstverständlich müssten die globalen Minderausgaben von den Ressorts erwirtschaftet werden. Der steuerpolitische Kurs der FDP trage dazu bei, dass sich die Einnahmesituation der öffentlichen Hand weiter verschlechtere. Der Kurs der Verschuldung sei auf Dauer nicht vertretbar, vielmehr fahre man mittelfristig einen Konsolidierungskurs. Als Finanzminister werde er alle Anstrengungen zur Konsolidierung unternehmen und bemüht sein, die Verschuldungsgrenze auch im Haushaltsvollzug nicht zu überschreiten. Die konjunkturelle und steuerliche Entwicklung zwinge dazu, neben der Reform der sozialen Sicherungssysteme auch die Debatte über die Frage zu führen, was sich die öffentliche Hand in Zukunft leisten solle. Nach der Öffnung bei der Beamtenbesoldung werde man beim Weihnachts- und Urlaubsgeld möglichst im Gleichklang insbesondere mit den norddeutschen Bundesländern und unter Ausschöpfung einer verfassungsrechtlich zulässigen sozialen Differenzierung Änderungen auf den Weg bringen - beim Weihnachtsgeld bereits für dieses Jahr, beim Urlaubsgeld für das kommende Jahr -, um eine spürbare Entlastung bei den Personalkosten zu erreichen.

Abg. Wiegard äußert, er vermisse bei der Landesregierung den konkreten Ansatz, die Nettokreditaufnahme zu senken, und das ernst gemeinte Ziel, die Neuverschuldung auf null zurückzufahren. Die Personalausgaben sollten nicht durch eine Senkung der Einkommen, sondern durch Abbau von Personal und Straffung der Verwaltung deutlich reduziert werden.

Abg. Neugebauer bezeichnet die von der CDU mit Umdruck 15/3307 eingebrachten Vorschläge als unseriös und kritisiert, dass die Opposition über den Bundesrat die Abschaffung

unbegründeter Privilegien im Steuerrecht blockiere und im Lande alle strukturverändernden Maßnahmen bisher abgelehnt habe. Es sei entscheidend, Wirtschaftswachstum zu erreichen und die Personal- und Verwaltungsausgaben zu reduzieren. Auch die SPD-Fraktion sehe die Ausweitung der globalen Minderausgaben kritisch und erwarte von der Landesregierung, diese spätestens bis zu Beginn der Haushaltberatungen aufzulösen.

Abg. Heinold stellt klar, dass es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Neufassung des Investitionsbegriffs nicht darum gehe, die zulässige Obergrenze der Verschuldung anzuheben, sondern mehr Flexibilität bei der Ausgabengestaltung zu erreichen.

St Döring legt Wert darauf, dass es nicht darum gehe, eine neue Grenze der Verschuldung zu finden, sondern darum, die Neuverschuldung zurückzufahren und irgendwann einmal auch Schulden zu tilgen.

Abg. Kubicki macht darauf aufmerksam, dass sich das Steuervergünstigungsabbaugesetz negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirke ebenso wie die Vielzahl von Diskussionsbeiträgen und Ankündigungen der letzten Zeit Planungssicherheit und damit die Investitionsbereitschaft erheblich beeinträchtigen und dem Wirtschaftsstandort Deutschland schaden. Um regelmäßig Wachstum zu generieren und damit einen Teil der Probleme auf dem Arbeitsmarkt, der sozial- und fiskalpolitischen Probleme zu bewältigen, sei ein steuerpolitisches Gesamtkonzept vonnöten, das bei der gegenwärtigen Koalitionsregierung nicht erkennbar sei.

M Dr. Stegner weist darauf hin, dass es nicht leicht sei, für Maßnahmen, die vorrangig auf eine Senkung der Sozialabgaben zielten, im politischen und gesellschaftlichen Raum immer die erforderlichen Mehrheiten zu gewinnen.

VP Qualen spricht sich dafür aus, an der Einführung der Parkraumbewirtschaftung festzuhalten (Haushaltsstelle 1111-124 01).

St Döring teilt mit, die Einführung von Parkhausentgelten werde aufgrund praktischer Probleme im Jahr 2003 nicht realisiert; das Kabinett werde sich mit der außerordentlich komplexen Maßnahme erneut befassen.

VP Qualen bemerkt weiter, der Landesrechnungshof vermisste eine weitgehende Deckung der Mehrausgaben für die Diätenerhöhung (Umdruck 15/3269).

Artikel 12 des Gesetzentwurfs Drucksache 15/2448 in der Ursprungsfassung wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP angenommen.

Die Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Nachtragshaushalt 2003, die von der SPD als Antrag übernommen werden, Umdrucke 15/3170 und 15/3173, werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Die Nachschiebeliste des Landtages und der Antrag der Fraktionen von SPD und CDU betr. Diätenerhöhung, Umdrucke 15/3269 und 15/3306, werden mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Die Nachschiebeliste des Landtages betr. Umbau des Landeshauses, Umdrucke 15/3270, wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU zum Nachtragshaushalt, Umdruck 15/3307, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Landesbankgesetz, Umdruck 15/3305, wird einstimmig mit der Maßgabe angenommen, dass der Geschäftsbericht der Liegenschaftsverwaltung und der Investitionsbank nicht dem Finanzausschuss, sondern dem Landtag vorgelegt werden soll.

Der Gesetzentwurf Drucksache 15/2448 ohne Artikel 12 mit den beschlossenen Änderungen wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP angenommen. - Abg. Kubicki erklärt sein Abstimmungsverhalten damit, dass er zwar der Fusion der Landesbanken positiv gegenüberstehe, jedoch die mit den Anteilseignern abgeschlossene Haltevereinbarung, nach der das Land seine Anteile bis weit ins nächste Jahrzehnt nicht veräußern wolle, ablehne.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 15/2448 insgesamt mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Studiengebühren an staatlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein (Studiengebührengesetz - StudienGebG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2351

(überwiesen am 18. Dezember 2002 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/3098, 15/3125, 15/3142, 15/3152, 15/3183, 15/3198 bis 15/3203, 15/3213, 15/3214, 15/3216 bis 15/3218, 15/3240

M Dr. Stegner äußert, den von der FDP-Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf halte die Landesregierung gegenwärtig für nicht zustimmungsreif. Es gehe darum, sich möglichst kurzfristig - spätestens im nächsten Jahr - und bundesweit auf eine solide, gesellschaftspolitisch vertretbare, sozial ausgewogene und ohne großen Verwaltungsaufwand handhabbare Form der Studienfinanzierung zu verständigen, die Fehlsteuerungen vermeide.

Abg. Heinold problematisiert aus gesellschaftspolitischer Sicht die gegenwärtige Situation der Studienfinanzierung und unterstützt das Modell der Studienkonten.

Abg. Kubicki prophezeit, dass man in absehbarer Zeit um die Einführung von Studiengebühren - in welcher Form auch immer - nicht herumkommen werde, und wirbt dafür, angesichts der vorherrschenden Finanzknappheit mit der Annahme des FDP-Gesetzentwurfs einen Anfang zu machen und für die Hochschulen zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP schließt sich der Ausschuss der Empfehlung des federführenden Bildungsausschusses an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Vierter Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2518

(überwiesen am 4. April 2003)

Der Ausschuss überweist den Bericht an den Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Mehr Liquidität und weniger Bürokratie für den Mittelstand durch gerechtere Besteuerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2576

(überwiesen am 4. April 2003)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, ihm bis zur nächsten Sitzung, am 22. Mai 2003, über die Auswirkungen einer Umsetzung der im CDU-Antrag enthaltenen Forderungen auf Unternehmen und öffentliche Kassen inklusive die Vereinbarkeit mit der Mehrwertsteuer-richtlinie der EU und den Stand in Sachen Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges zu berichten.

Abg. Kubicki regt an, relativ zeitnah Unternehmensverbände und Banken zum Mehrwertsteuerrecht anzuhören.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zu Maßnahmen betr. Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs

Umdrucke 15/3168 und 15/3295

Der Ausschuss überweist beide Vorlagen zur Beratung an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystem
Vertragsänderung**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3172

Auf eine Frage von VP Qualen teilt Herr Pern mit, die Kosten für die Pflege der Lizenzen betragen 750.000 € per annum.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Jahresbericht 2002 für den budgetierten Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ - Kapitel 1116 -

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3166

Der Ausschuss nimmt die Vorlage lobend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Zwischenbericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3171

Auf eine Frage von Abg. Wiegard äußert M Dr. Stegner, die schleswig-holsteinische Landesregierung werde nur einer Reform zustimmen, wenn sie sich sehr nahe an der Position der Kommunen bewege, und halte sowohl die Vorstellungen der Industrie als auch die zurzeit in der Diskussion befindlichen Kompromissvorschläge für nicht zielführend. Die Landesregierung werde sich für eine Lösung einsetzen, die zum 1. Januar 2004 in Kraft trete, einfach sei, die Einnahmen der Kommunen verstetige und erhöhe, nicht zulasten der Länder gehe, kleine und mittlere Unternehmen nicht über Gebühr belaste und den Kreis der Zahlungspflichtigen ausweitere. Er hoffe, dass das Bundeskabinett vor der Sommerpause einen Beschluss herbeiführe.

Abg. Heinold betont das Interesse von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum 1. Januar 2004 eine Gemeindefinanzreform in Kraft treten zu lassen, die in der Sache wirklich etwas bewirke.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Behördenstrukturreform, Funktionalreform

Vorlage der Chefin der Staatskanzlei
Umdruck 15/3169

Der Innen- und Rechtsausschuss wird gebeten, die Vorlage in seine Beratungen über die Verwaltungsstrukturreform einzubeziehen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verwaltungsstrukturreform 1996 - 2002

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2560

(überwiesen am 4. April 2003 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Fi-
nanzausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, zunächst die vom Innen- und Rechtsausschuss aufgenom-
menen Beratungen abzuwarten.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Maßnahmen zur Vermeidung von Versetzungen in den Ruhestand wegen
Dienstunfähigkeit**

Vorlage des Innenministeriums

Umdruck 15/3084

Der Ausschuss erwartet vom Innenministerium bis zur Beratung in der nächsten Sitzung, am 22. Mai 2003, eine ergänzende Vorlage, die die Ergebnisse des Schlussberichts einer Bund-Länder-Projektgruppe sowie die Änderungsvorschläge anderer Länder einbeziehe.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Umbaumaßnahme für die IT-Leitstelle des Innenministeriums im PZE
Kiel-Eichhof, Haus 7
hier: Finanzierung und Durchführung über die Investitionsbank**

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/3167

Der Finanzausschuss erwartet bis zur Behandlung der Vorlage in der nächsten Sitzung, am 22. Mai 2003, eine Darstellung der erwarteten Minderausgaben und nähere Angaben zu Investitionsaufwand, Mietvertrag und Mietzinssteigerung.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Unterbringungs- und Anmietungsvorhaben für das Amt für ländliche Räume (ALR) und das 3. Polizeirevier in Lübeck, Meesenring 9

Vorlage des Innenministeriums

Umdruck 15/3272

Der Ausschuss erwartet auch hier bis zur nächsten Sitzung genauere und vergleichende Angaben zu den Kosten der Maßnahme (insbesondere zur Dauer des Mietvertrages und Mietsteigerung) und die Vorlage einer Gesamtkonzeption.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz; hier: Anmeldung zum 33. Rahmenplan für den Hochschulbau (2004 - 2007)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2452

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2562

(überwiesen am 4. April 2003 an den Innen- und Rechtsausschuss; Behandlung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts des Ausschusses gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO)

hier: Frage 4 b (Gelder für Opfer des Frauen- und Mädchenhandels)

Der Ausschuss bittet die Justizministerin, bis zur nächsten Sitzung, am 22. Mai 2003, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie Gelder, die bei Straftätern, die des Menschenhandels, der Förderung der Prostitution oder damit in Zusammenhang stehende Straftaten schuldig sind, sichergestellt und gerichtlich für verfallen erklärt wurden, künftig in angemessenem Umfang den Opfern des Frauen- und Mädchenhandels beziehungsweise den Opferschutzorganisationen zur Verfügung gestellt werden können.

Punkt 16 der Tagesordnung:

Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Vorlage der Vorsitzenden des Finanzausschusses
Umdruck 15/3225

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss, eine Änderung der Geschäftsordnung im Sinne der Vorlage der Ausschussvorsitzenden, Umdruck 15/3225, vorzunehmen, um den Zutritt zum Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes auf die Mitglieder und deren persönliche Stellvertreter zu begrenzen.

Punkt 17 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/3231 (neu) - kommunale Finanzsituation

Der Ausschuss nimmt ein Schreiben des Bürgermeisters/Bürgervorstehers der Gemeinde Sylt-Ost zur kommunalen Finanzsituation zur Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Heinold bittet darum, sich als Finanzausschuss einmal grundsätzlich mit dem Thema Bund-Länder-Beteiligungen zu befassen, deren Finanzierungsanteile von den Parlamenten in den Haushaltsberatungen hingenommen werden müssten und realiter nicht verändert werden könnten.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer